



TRANSITIONEN

42. KONGRESS

**DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE
UNIVERSITÄT DUISBURG-ESSEN | CAMPUS
DUISBURG 22 – 26 SEPTEMBER 2025**

Call for Papers

„Von Rechtspopulismus bis Faschismus – aktuelle Begriffsdebatten um die extreme Rechte“

Veranstaltung der Sektion „Politische Soziologie“ auf dem 42. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie an der Universität Duisburg-Essen (Campus Duisburg) vom 22.-26. September 2025

Die aktuelle sozialwissenschaftliche Debatte um die extreme Rechte ist in besonderem Maße von einer Auseinandersetzung um richtige Begriffe und Definitionen geprägt, mit denen die jüngsten Entwicklungen eingeordnet werden sollen. Der politikwissenschaftliche Begriff des Populismus zielt auf eine demokratietheoretisch informierte Abgrenzung gegenüber Rechtsextremismus und gemäßigtem Konservatismus. Mit dem Konzept des Autoritarismus wird der Zusammenhang zwischen Gesellschaftsstruktur und politischer Einstellung adressiert. Der Faschismusbegriff hebt auf eine historische Einordnung gegenwärtiger Phänomene ab, während der Topos der extremen Rechten sein Profil in Abgrenzung zum sicherheitspolitischen Begriff des Rechtsextremismus gewinnt. In den soziologischen Debatten wird nur selten systematisch auf das theoretische Verhältnis dieser Konzepte reflektiert. Zugleich sind diese mit Anforderungen und Interessen unterschiedlicher außerakademischer Felder (Politik, Öffentlichkeit, Bildung, Sicherheitsbehörden) konfrontiert. Der analytischen Betrachtung der extremen Rechten ist immer auch die Frage eingeschrieben: Wie dieser begegnen?

Das Ziel der geplanten Veranstaltung ist es, den aktuellen Stand der Begriffsdebatte in der Rechtsextremismusforschung abzubilden und zugleich soziologisch zu reflektieren. Denn diese Debatte ist – so die These – keine rein wissenschaftsimmanente, sondern eine, die auf die Vielschichtigkeit des Phänomens verweist.

Die Vielfalt konkurrierender Begriffe und Definitionen kann als Ausdruck unterschiedlicher disziplinärer Herangehensweisen und Erkenntnisinteressen gedeutet werden, verweist aber möglicherweise auch auf einen Mangel an theoretischer Reflexion. Zugleich finden die Debatten vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung von Nationalsozialismus und Faschismus statt, die die begriffliche Einordnung ebenso herausfordern wie die Begriffsarbeit der Sicherheitsbehörden. Zudem sind die unterschiedlichen Logiken der Benennung zu reflektieren, die sich im Aushandlungsprozess Geltung verschaffen: die wissenschaftsimmanente Debatte um die empirische und theoretische Angemessenheit von Begriffen folgt anderen Regeln als die Auseinandersetzung in der politischen Öffentlichkeit. Die Schwierigkeit, die neuen rechten Parteien und Bewegungen auf den Begriff zu bringen, könnte aber auch im Gegenstand selbst begründet sein, insofern sich deren Akteure und Ideologien in besonderem Maße als widersprüchlich und fluide darstellen, so dass deren konzeptuelle Erfassung – anders als bei den historischen Vorgängern – mit einem Begriff nicht mehr zu leisten ist.





TRANSITIONEN

42. KONGRESS

**DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE
UNIVERSITÄT DUISBURG-ESSEN | CAMPUS
DUISBURG 22 – 26 SEPTEMBER 2025**

Beiträge können sich dabei u.a. mit folgenden Fragen auseinandersetzen:

- Welche unterschiedlichen theoretischen und historischen Bezüge werden mit den Begriffen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, extreme oder radikale Rechte, Autoritarismus, Faschismus usw. aufgerufen?
- Worin besteht ein adäquates Vorgehen bei der sozialwissenschaftlichen Begriffsbildung? Sollten Begriffe an der Selbstbezeichnung der untersuchten Akteure (wie im Falle von „Faschismus“ und „Neue Rechte“) oder aus einer analytischen Außenperspektive gebildet werden? Was sind die Vorzüge und Nachteile extensiver und intensiver Definitionen, stärker empirisch-klassifikatorischer oder theoriegeleiteter Begriffsbildung?
- In welchem Verhältnis stehen institutionelle, wissenschaftsimmanente und politische Logiken der Begriffsprägung und -verwendung (etwa: „Faschismus“ als historisch-sozialwissenschaftlicher Begriff vs. politischer Kampfbegriff)? Welche Dynamiken und wechselseitigen Beeinflussungen lassen sich zwischen Sozialwissenschaft, Politik und rechten Akteuren beobachten (etwa die rechte Aneignung des Populismusbegriffs oder das affirmative Aufgreifen des Verfassungsschutzurteils („gesichert rechtsextrem“) durch die „Junge Alternative“ und die „Identitäre Bewegung“)? In welchem Verhältnis stehen die Begriffe zu sozialarbeiterischen oder sicherheitspolitischer Interventionen (Deradikalisierung und Extremismus)?
- Wie ist der Umgang mit Begriffen aus unterschiedlichen disziplinären und nationalen Kontexten? Inwiefern spiegeln sie inhaltliche Differenzen und welche Übersetzungsleistungen sind ggf. notwendig (politikwissenschaftliche vs. soziologische Begriffe; „far right“ vs. Rechtsextremismus usw.)? Welche Chancen und Problematiken gehen mit „Umbrellaterms“ einher?

Die Sektionsveranstaltung entspringt aus einem längerfristigen Diskurs (dokumentiert in Heft 9 der Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung) und möchte vor allem eine makrosoziologische Standortbestimmung und Perspektiventwicklung zu aktuellen gesellschaftlichen Trends und deren historisch-phänomenologischen Einordnungen leisten. Vorschläge für Beiträge mit einer Länge von etwa einer Seite können bis zum 23.03.2025 eingereicht werden bei: Viktoria Rösch (viktoria.roesch@fb4.fra-uas.de) und Dr. Alexandra Schauer (a.schauer@em.uni-frankfurt.de).

Organisation: Dr. Leo Roepert, Viktoria Rösch, Dr. Alexandra Schauer, Dr. Felix Schilk, Prof. Dr. Matthias Quent (AK Sociology of the Far Right)